

KOMPAKT

Oettinger
wirbt für Weber

BRÜSEL Auf der Suche nach dem nächsten Präsidenten der EU-Kommission macht sich der deutsche Kommissar Günther Oettinger für CSU-Vizechef Manfred Weber stark. Der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei wäre ein glaubwürdiger und kompetenter EVP-Spitzenkandidat bei der Europawahl 2019, sagte Oettinger der Plattform Politico. Der CDU-Politiker will in der eigenen Partei für den CSU-Mann werben. Der jetzige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker gibt sein Amt im Mai 2019 ab. *dpa*

Schlaue Eltern
haben fittere Kinder

BERLIN Laut einer Studie sind Jungen und Mädchen in Familien mit niedrigem Bildungsstatus bis zu dreimal häufiger von bestimmten Erkrankungen betroffen als Kinder akademisch gebildeter Eltern. Wie es weiter in dem gestern in Berlin vorgestellten Kinder- und Jugendreport der DAK-Gesundheit heißt, sind 90 Prozent aller Jungen und Mädchen mindestens einmal im Jahr beim Arzt oder im Krankenhaus. Jedes vierte Kind sei körperlich und jedes zehnte psychisch chronisch krank, so die Krankenkasse. *KNA*

Fall Sami A.: Gericht
kippt Zwangsgeld

MÜNSTER/BOCHUM Im Gerangel um die Rückholung des rechtswidrig abgeschobenen Islamisten Sami A. muss die Stadt Bochum ein Zwangsgeld von 10 000 Euro nun doch nicht zahlen. Gestern entschied das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster, dass die Stadt inzwischen alles in ihrer Macht Stehende getan habe, um den Tunesier zurückzuholen. Ein Zwangsgeld sei daher nicht mehr geboten. Dieses hatte das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen auf Antrag der Anwältin von Sami A. festgesetzt. *dpa*

Mehr Flüchtlinge
auf Zügen und Lkw

BERLIN In Deutschland steigt die Zahl von Migranten, die bei der illegalen Einreise auf Güterzügen und Lastwagen aufgegriffen werden. Im ersten Halbjahr wurden 359 unerlaubte Einreisen in Güterzügen festgestellt, wie die Bundespolizei auf Anfrage der Zeitungen der Funke-Mediengruppe mitteilte. Im ersten Halbjahr 2017 waren 201 Migranten als blinde Passagiere auf Güterzügen entdeckt worden. Brennpunkte sind die Grenzen zur Schweiz und zu Österreich. Die Aufgegriffenen kamen vor allem aus Afrika. *dpa*

AUCH DAS NOCH

US-Präsident Donald Trump hat dem Internetriesen Google mit Konsequenzen gedroht, nachdem er Nachrichten über sich selbst gegoogelt hat und mit dem Ergebnis nicht zufrieden war. „Sie haben es manipuliert, für mich und andere, sodass fast alle Geschichten und Nachrichten schlecht sind“, schrieb Trump in einem frühmorgendlichen Tweet um 5.24 Uhr. Gut eine Woche vor einer Anhörung von Vertretern von Google, Facebook und Twitter im US-Senat erhob der US-Präsident schwere Vorwürfe gegen die Suchmaschine.



Karikatur: Kostas Koufogiorgos

Union: Steuern schneller senken

Auch Wirtschaft drängt angesichts voller Staatskassen auf Entlastungen

Der Staat verzeichnet hohe Überschüsse. Das führt in der Koalition zu unterschiedlichen Forderungen. Während die SPD darauf drängt, noch mehr Geld ins Rentensystem zu pumpen, beharren Unionspolitiker darauf, die Steuerzahler schneller als geplant zu entlasten.

OSNABRÜCK/BERLIN Der Überschuss von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialkassen ist im ersten Halbjahr auf den Rekordwert von 48,1 Milliarden Euro gestiegen. Den größten Überschuss erzielte der Bund mit 19,5 Milliarden Euro. Im Mittelpunkt der Steuerdebatte steht unter anderem der Solidaritätszuschlag. Der Soli beträgt 5,5 Prozent der Einkommensteuer. Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD vereinbart, den Zuschlag schrittweise abzuschaffen. In einem ersten Schritt sollen bis zum Jahr 2021 rund 90 Prozent aller Soli-Zahler entlastet werden. Für die anderen soll dies später erfolgen.

CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer fordert nun, die geplante Abschaffung des Solidaritäts-

KOMMENTAR

Nicht nur Verteilen und Konsumieren

Wo schlägt die Koalition die dicksten Pflöcke ein? Und was kann sie sich leisten? Darüber wird zu Recht heftig gestritten. Denn es geht um einen komplexen Ausgleich zwischen unterschiedlichsten Interessen. Rentner und junge Leute, Beitrags- und Steuerzahler, Arbeitgeber und Arbeitnehmer – sie alle gilt es zu berücksichtigen. Enttäuschungen können dabei nicht ausbleiben.

Vor allem die Steuerzahler sollten sich keine allzu großen Hoffnungen machen. Zwar schwimmt der Staat im Geld. Die Steuer-

Von
Uwe
Westdörp

quellen sprudeln, und die Überschüsse in den öffentlichen Etats erreichen Rekorde. Gleichwohl hat die Koalition steuerpolitisch keinen großen Ehrgeiz. So soll der Soli nur schrittweise abgebaut werden, nicht auf einen Schlag. So steht es im Koalitionsvertrag.

Einen großen Wurf lässt das nicht erwarten, zumal an anderer Stelle bereits viel Geld verplant wird. Die

vereinbarte Ausweitung der Rentenleistungen wird die Reserven der Rentenkasse schnell schrumpfen lassen und den Steuerzuschuss in die Höhe treiben.

Für die Zukunft ist mit allem nichts gewonnen. Dabei mahnen Experten seit Langem an, Deutschland müsse mehr in Bildung und Forschung stecken. Dasselbe gilt für die Infrastruktur, siehe die vielen maroden Straßen und Brücken. Investitionen ist in jedem Fall besser als bloßes Verteilen und Konsumieren.

u.westdoerp@noz.de

zuschlags wegen der weiter stark steigenden Steuereinnahmen vorzuziehen. Vor allem für Familien mit „kleinen und mittleren Einkommen müsste noch mehr getan werden“, sagte Kramp-Karrenbauer der „Bild“-Zeitung.

„Wir müssen die Normalbürger in der Mitte entlasten: die Sozialabgaben senken, den Soli schrittweise abschaffen, die kalte Progression zurück-

führen, Kindergeld erhöhen, Baukindergeld umsetzen und vieles mehr.“

Ähnlich äußerte sich Unions-Mittelstandschef Carsten Linnemann (CDU). „Lasst uns sofort mit dem Abbau des Soli anfangen“, sagte er. „Bis 2021 sollte er dann weg sein – und zwar komplett.“ CSU-Generalsekretär Markus Blume sagte der Zeitung, der Soli gehöre „in die-

ser Wahlperiode komplett abgeschafft“. In Zeiten von Rekordsteuereinnahmen müsse „den Normalverdienern endlich etwas zurückgegeben“ werden.

Die FDP reagierte skeptisch auf die Äußerungen der CDU-Politiker. „Offensichtlich ist man sich in der Union selbst nicht einig. Sonst hätte die Entlastung der Mitte aus Interviews längst Einzug ins

Bund treibt Entwicklung Westafrikas voran

ANALYSE Deutschland will Migrationsdruck auf Europa abschwächen

Von Thomas Ludwig

BERLIN Der Schlüssel zur Bewältigung des afrikanischen Migrationsdrucks auf Europa liegt in Afrika selbst. Das wird den Europäern zunehmend bewusst – der Bundesregierung zumal. Das belegt deren jüngste Empfangs- und Besuchsoffensive. Soeben erst waren die Staatspräsidenten Nigers und Angolas in Berlin. Seit Tagen tourt Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) durch den Schwarzen Kontinent. Und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wird die zweite Wochenhälfte in Senegal, Ghana und Nigeria verbringen – gemeinsam mit Managern aus den Bereichen Infrastruktur, Energie, Digitalisierung und Wasserwirtschaft unter anderem.

Aus Senegal, Ghana und Nigeria machten sich Menschen Richtung Europa auf, obwohl es dort keine Gründe gebe, die in Deutschland oder anderen EU-Ländern zu Asyl berechtigten, heißt es in der Bundesregierung. Gut 11 000



Gerd Müller

Foto: dpa

Menschen aus den drei Staaten stellten 2017 einen Asylantrag in Deutschland, in der Regel ohne Erfolg. Doch nur ein Bruchteil kehrte freiwillig heim. Auch Abschiebungen gestalten sich schwierig, da die Herkunftsländer nicht besonders kooperativ sind. Es müsse daher das Ziel sein, dafür zu sorgen, dass die Menschen von vornherein in ihrer Heimat bleiben, lautet die Strategie in Berlin. Das gehe nur mit wirtschaftlicher Entwicklung.

Große Hoffnungen zum Beispiel ruhen auf Ghana. „Präsident Nana Akufo-Addo setzt auf Modernisierung und will sein Land von westlichen Transferleistungen unabhängig machen“, berichten Landeskenner der

Bundesregierung. Das Land glänzt mit Wachstumsraten von sieben, acht Prozent, ist aber immer noch stark vom Öl abhängig. Deutschland will Ghana nun unterstützen, seine Wirtschaft breiter aufzustellen. Ähnlich soll es in Nigeria laufen, allein hier leben rund 190 Millionen Menschen, ein Großteil von ihnen Kinder und Jugendliche.

Und genau da liegt die wohl größte Herausforderung. Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge werden schon 2030 rund 1,3 Milliarden Afrikaner zwischen 15 und 24 Jahre alt sein. Sie alle wollen ein Auskommen. Das macht es dringend nötig, den Schwarzen Kontinent zu entwickeln.

Britische Unterstützung

Das ist auch in London angekommen. So hat die britische Premierministerin Theresa May soeben auf ihrer ersten Afrika-Reise im Amt laut dpa stärkere Handelsbeziehungen mit Afrika angekündigt und britische Investitionen in Höhe von rund 4,3

Milliarden Euro in Aussicht gestellt. London und Berlin wissen: Ohne neue Jobs wird die demografische Entwicklung in Afrika den Einwanderungsdruck auf Europa erhöhen. Tatsächlich ist es nicht so, dass Deutschland und Europa nichts unternehmen, um afrikanischen Staaten auf die Beine zu helfen. So zeigt die „Compact with Africa“-Initiative, das Prestigeprojekt der deutschen G-20-Präsidentschaft, erste Erfolge. Die deutsche Wirtschaft ließ jüngst wissen, das Interesse an Afrika wachse.

Die „Compact“-Initiative soll die afrikanischen Mitgliedsländer für Privatinvestoren attraktiver machen. Ghana und Senegal sind im Boot, Nigeria vielleicht bald. Für deutsche Firmen sinkt dabei die Hürde, in den Ländern Geschäfte zu machen, weil Berlin für Exporteure und Investoren den Selbstbehalt in Schadensfällen von zehn auf fünf Prozent gesenkt hat – und weitere Erleichterungen sind eher früher als später angedacht.

PRESSESCHAU

Weltfällige Nachrichten

Aus Münster heißt es zur
Gewalt in Chemnitz:

„Rechte Strippenzieher fühlen sich offenbar schon so mächtig, sich angesichts eines blutigen Verbrechens als Schutzmacht aufzuspielen. Wie fragil muss das zivilisatorische Fundament in einer Re-

gion sein, wenn ein Aufruf zur Gewalt nicht nur in den Köpfen von Neonazis reißiert, sondern offenbar weitere Kreise anstacheln kann. Was hilft? Selbstherrliches Sachsen- oder Ossi-Bashing bestimmt nicht, sondern die Erkenntnis, dass viel falsch gelaufen ist.“

Neues Deutschland

Die Berliner schreiben zum
Rentenstreit:

„Wenn die Demografie zur Ungleichung wird, muss neu gerechnet werden. Zu den Rentenbeiträgen der beitragszahlenden Jungen müssen künftig die Rentenbeiträ-

ge der Reichen, der Beamten, der Politiker kommen, um die Rentenkassen zu füllen. Und auch Steuergelder sind nicht zu schade dafür, sie für soziale Kernaufgaben einzusetzen. Das ist im Gegenteil ihr Hauptzweck.“

DER TAGESSPIEGEL

Das Blatt aus Berlin betont
zur Situation der katholischen
Kirche:

„Franziskus nutzen keine weltzugewandten Worte mehr. Er muss handeln: im Sinne der Menschen – und der Kirchen. Räumt er nicht auf, räumt die katholische Kirche

nicht auf, hat das Auswirkungen über sie hinaus. Das Misstrauen wird sich nicht begrenzen lassen – die Protestanten werden es auch zu spüren bekommen. Franziskus muss gegen alle Scheinheiligen angehen, sonst wird er einer von ihnen.“

Hambacher Forst: Camp durchsucht

HAMBACH Bei der Durchsuchung eines Aktivistencamps am Hambacher Wald hat die FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Dürr. Der Bundesverband der Deutschen Industrie kritisierte unterdessen die Debatte über stabile Rentenfinanzen für die Zeit nach 2025. „Es ist unnötig, jetzt unausgegorene Versprechungen zur Rente über mehr Steuern zu machen – auf dem Rücken jüngerer Generationen“, sagte BDI-Hauptgeschäftsführer Joachim Lang in Berlin. Lang forderte stattdessen, die Unternehmen zu entlasten. „Der Staat nimmt gerade Steuern auf Rekordniveau ein“, sagte Lang. „Seit Beginn des Aufschwungs, der im neunten Jahr läuft, wuchs die Steuersumme um rund 40 Prozent. Die Steuerlast der Unternehmen stieg sogar um etwa 60 Prozent.“ Dabei verschärfe sich der internationale Steuerwettbewerb. „Es ist jetzt notwendig, unsere Unternehmen zu entlasten, um Investitionen, Wohlstand und Aufstiegschancen zu sichern und zu schaffen. Das entlastet auch die Rentenkasse.“ *uwe, AFP, dpa*

Nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen vom Wochenende suche die Polizei nach Beweisen für kürzlich begangene Straftaten. Außerdem gehe es um Gegenstände, die zur Vorbereitung von Straftaten geeignet sind, teilte die Polizei mit. *dpa*

Entlastung für die Bundesbürger? Mehr auf noz.de/politik

Ermittlungen gegen 24 IS-Rückkehrer

BERLIN Der Generalbundesanwalt hat in den vergangenen fünf Jahren Ermittlungsverfahren gegen 24 Rückkehrer aus dem Gebiet der Terrormiliz IS im Irak oder in Syrien eröffnet. In zwölf Fällen hat der Generalbundesanwalt Anklage erhoben, heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag. Zwei Rückkehrer wurden zweimal angeklagt, weil nach der Verurteilung Hinweise auf weitere Straftaten aufgetaucht waren.

In einem Fall steht das Urteil noch aus. In einem weiteren Fall wurde die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt. Die meisten Angeklagten wurden wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland und konkreter Gewalttaten zu Haftstrafen zwischen drei und fünf Jahren verurteilt. Sechs Verfahren gab der Generalbundesanwalt den Angaben zufolge an die Justizbehörden der Länder ab. In drei Fällen war die Rückkehr der Terrorverdäch-

tigen nach Deutschland von deutschen Behörden begleitet worden.

Die innenpolitische Sprecherin der Linken, Ulla Jelpke, sieht die Bundesregierung hier in der Pflicht. Sie sagte, Deutschland solle seiner „Verantwortung nachkommen und sich um die Rückholung der in Syrien und dem Irak inhaftierten IS-Terroristen bemühen, soweit dies von den dortigen Behörden erwünscht ist“. Insbesondere für die Kurden in Nordsyrien stellten die vielen ausländischen Terroristen eine große Belastung dar.

Etwas 1000 mutmaßliche Dschihadisten haben Deutschland seit 2013 verlassen, um sich dem IS oder anderen islamistischen Terrorgruppen im Irak und in Syrien anzuschließen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht davon aus, dass rund ein Drittel von ihnen zurückgekehrt ist. Etwa 150 Dschihadisten aus Deutschland sollen in der Konfliktregion ums Leben gekommen sein. *dpa*